

STATISTISCHES BUNDESAMT

über die 3. Tagung des Statistischen Beirats
am 2. und 3. März 1956 in Wiesbaden

Protokoll

über die 3. Tagung des Statistischen Beirats
am 2. und 3. März 1956 in Wiesbaden

von Roeder	"	F. Wirtschaft	
Schlen	"	"	
Pachberg	"	F. Ernährung, Land- wirtschaft und Forsten	
Bayen	"	F. Arbeit	
Schumann	"	F. Verteidigung	
Schröter	"	F. Verkehr	
Becke	"	"	
Leh	"	F. Nat.- und Forschungswesen	
Fay	"	F. Gesundheit	
Reich	"	F. Wirtschaft, Kolonien und Kriegsgeschichte	
Vr. Drechsler	"	F. geographische Fragen	
Reinhardt	"	F. Arbeitsfragen	
Stiller	"	Bundesrechnungshof	Frankfurt a. M.
"	"	Deutsche Bundesbahn	"
Reichold	"	Bank deutscher Länder	"
Schäfer	"	"	"

Vertreter der Statistischen Landesämter:

"	"	Stat. Landesamt Berlin	K. Loh
"	"	"	"
"	"	"	"
"	"	"	"

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

Protokoll

über die 3. Tagung des Statistischen Beirats
am 2. und 3. März 1956 in Wiesbaden

Anwesende:

=====

Präsident Dr. Fürst (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
---	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien:

Frau Dr. Stock	Bundesmin.f.wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bad Godesberg
Dr. Bonus	" d.Finanzen	Bonn
Dr. von Roeder	" f.Wirtschaft	"
Dr. Bohlen	" "	"
Dr. Padberg	" f.Ernährung, Land- wirtschaft und Forsten	"
Dr. Luyken	" f.Arbeit	"
Kretschmann	" f.Verteidigung	"
Dr. Schrötter	" f.Verkehr	"
Dr. Saake	" "	"
Müller	" f.d.Post- und Fernmeldewesen	"
Dr. Fey	" f.Wohnungsbau	"
Dr. Essen	" f.Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	"
Frau Dr. Drechsler	" f.gesamtdeutsche Fragen	"
Dr. Engelhardt	" f.Atomfragen	"
Dr. Fiedler	Bundesrechnungshof	Frankfurt/M.
Effmert	Deutsche Bundesbahn	"
Dr. Weinhold	Bank deutscher Länder	"
Dr. Schlesinger	" " "	"

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig- Holstein	Kiel-Wik
Dr. Urban	" " Hamburg	Hamburg

Prof. Dr. Brüning	Nieders.Amt f.Landes- planung und Statistik	Hannover
Dr. Kraus	" "	"
Dr. Tetzlaff	Stat.Landesamt Bremen	Bremen
Chandon	" " Nordrhein- Westfalen	Düsseldorf
Schweda	" " "	"
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Prof.Dr.Griesmeier	Stat.Landesamt Baden- Württemberg	Stuttgart
Dr.Dr. Krieger	Bayer.Stat.Landesamt	München
Prof.Dr.Kürbs	Stat.Landesamt Berlin	Berlin
Dr. Lellau	Handelsstat.Amt Hamburg	Hamburg
Dr. Köster	Stat.Amt. des Saarlandes	Saarbrücken

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln-Marienburg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof.Dr.Herrmann	" " "	"
Dr. Degenhardt	" " "	Frankfurt/M.
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	"
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deut- schen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	Bonn
Dr. Harting	Gesamtverband der Versiche- rungswirtschaft	Köln
Wingen	Bundesvereinigung der Deut- schen Arbeitgeberverbände	"
Riebandt	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	"
Dr. Lange	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	"
Dr. Vogel	Deutsche Angestellten-Gewerk- schaft	Hamburg
Gieseler	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Dr. Hülden	" "	"

Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	Bonn
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirt- schaftsforschung	Berlin
Dr. Bäumer	Verein Statistik der Kohle- wirtschaft e.V.	Essen

D. Landesregierungen:

Frau Dr. Marizy	Hessischer Ministerpräsident - Staatskanzlei -	Wiesbaden
Tiedt	Senat der Freien und Hanse- stadt Hamburg	Hamburg
Schmidt	Senator für Inneres	Berlin

E. Gäste:

Dr. Quante	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel	Kiel
Dr. Wagenführ	Hohe Behörde	Luxemburg
Zahlen	" "	"
Dr. Richter	OEEC	Paris

F. Statistisches Bundesamt:

Abt. Z	Dr. Müllenmeister	Abt. V	Schmidt Dr. Mustroph Engelter
Abt. I	Dr. Szameitat Raapke Dr. Dennukat Prof. Dr. Koller	Abt. VI	Dr. Deneffe Dr. Keller Fr. Engelmann Dr. Schinköthe Katsch
Abt. II	Frl. Dr. Bartels Dr. Spilker Dr. Schörry Müller-Nagell Dr. Raabe Dr. Schulz	Abt. VII	Dr. Herrmann Weyershäuser Dr. Heine Dr. Goerke Dr. Osinski
Abt. III	Dr. Rauterberg Dr. Rosemann Schmidt	Abt. VIII	Dr. Sperling Dr. Nellner
Abt. IV	Dr. Werner Kunz Reichenbach Dr. Flöter		

T a g e s o r d n u n g

1. Sitzungstag

I. Die Möglichkeiten der statistischen Erfassung des Privaten Verbrauchs

- | | |
|---|----------------|
| 1. Einleitende Bemerkungen | Dr. Fürst |
| 2. Definition, Abgrenzung und Gliederung des Privaten Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen | Dr. Bartels |
| 3. Möglichkeiten und Probleme der Erfassung des Privaten Verbrauchs durch die vorhandenen Statistiken | |
| a) Befragung der Haushaltungen | |
| (1) Wirtschaftsrechnungen | Dr. Deneffe |
| (2) Wohnungen und Wohnungsnutzung | Dr. Deneffe |
| (3) Andere Möglichkeiten der Haushaltsbefragung | Dr. Fürst |
| b) Erfassung bei den Lieferanten | |
| (1) Umsatzsteuerstatistik | Dr. Herrmann |
| (2) Arbeitsstättenzählung, Handwerkszählung und Industriebericht | Dr. Werner |
| (3) Einzelhandelsumsatzstatistik | P. Schmidt |
| c). Berechnung aufgrund der Produktions- und Versorgungsstatistiken | |
| (1) Landwirtschaftsstatistik | Dr. Rauterberg |
| (2) Industrielle Produktionsstatistik | Dr. Werner |
| (3) Verbrauchsteuerstatistik | Dr. Herrmann |
| d) Statistische Quellen für einzelne Teilgebiete | Dr. Schörry |
| 4. Schlußfolgerungen | Dr. Fürst |

(Diskussion jedes Punktes nach Abschluß der einleitenden Referate)

2. Sitzungstag

II. Bericht über Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1955 und über in Vorbereitung befindliche statistische Vorhaben

A. Allgemeiner Teil

(Die Gliederung dieses Teils ist aus dem Inhaltsverzeichnis des versandten Berichts ersichtlich. Es sind hier nur die Punkte aufgeführt, für die schriftliche Wortmeldungen einzelner Beiratsmitglieder vorliegen, bzw. bei denen das Amt eine Diskussion für erwünscht hält.)

1. Fragen zur rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik
2. Allgemeine Fragen des internationalen Erfahrungsaustausches
3. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der Konferenz Europäischer Statistiker in Genf
 - a) Zum Problemkreis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
(Statistik der Anlage-Investitionen und der Vorräte, Input-Output-Tabellen, vierteljährliche Volkseinkommensberechnungen, Problem der sog. "short term economic indicators")
 - b) Vorbereitung der nächsten Volkszählung 1960
 - c) Anregungen für das zukünftige Arbeitsprogramm der Konferenz Europäischer Statistiker

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres Arbeitsgebietes

(Hier sind nur die Fachabteilungen, wie sie sich aus dem Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes ergeben, aufgeführt. Bereits vorliegende Wortmeldungen zu Einzelpunkten sind dabei in Klammern hinzugefügt worden.)

1. Allgemeine Organisation der Statistik
(Die Behandlung von Berlin (West) in der Bundesstatistik)
2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik
(Wiederholung der Kostenstrukturerhebung)
3. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik
4. Industrie- und Handwerksstatistik
(Einschränkung der Textilfachstatistik)
5. Handels- und Verkehrsstatistik
6. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik
(Dringlichkeit der Reform der Baupreisstatistik, Baukostenindex)
7. Finanz- und Steuerstatistik
8. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Wortlaut des Protokolls:

=====

1. Sitzungstag (2. März 1956)

Die dritte Tagung des Statistischen Beirats wird von Präsident Dr. Fürst als Vorsitzendem eröffnet. Bei der Begrüßung der Mitglieder und Gäste weist Dr. Fürst auf die erfreuliche Tatsache hin, daß nach dem gerade erfolgten offiziellen Einweihungsakt für den Neubau des Statistischen Bundesamtes nunmehr diese und die künftigen Tagungen unter eigenem Dach und auch in einem der Bedeutung des Beirats würdigen äußeren Rahmen stattfinden können.

Zur Erläuterung der Tagesordnung führt der Vorsitzende einleitend aus, daß die Auswahl geeigneter Themen für die Zusammenkünfte des gesamten Beirats stets eine Frage gewesen sei, die reiflicher Überlegungen bedurfte. Nach dem Wortlaut des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke hat das Statistische Bundesamt bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat zu hören, die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und sie im Rahmen der verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu bewerten. Dabei hat die bisherige Übung gezeigt, daß das Schwergewicht der praktischen Arbeit des Beirats in den Fachausschüssen liegt, in denen die Vorschläge für einzelne konkrete Statistiken behandelt und die zweckmäßigste Durchführung der Statistiken gesucht wird. Zur Vereinfachung der Verfahrensweise ist es bisher stets vermieden worden, die Ergebnisse der Fachausschußberatungen nochmals dem Beirat zu unterbreiten. Jedoch sollen und müssen die Beiratsmitglieder in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit haben, sich zu den Arbeiten der Fachausschüsse in Anlehnung an den als Besprechungsunterlage versandten Bericht zu äußern.

Der Behandlung dieses speziellen Teils der Tagesordnung soll aufgrund des allgemein beifälligen Echos der vorjährigen Tagung wiederum ein zusammenfassender Überblick über einen bestimmten größeren Problemkreis vorangestellt werden. Nach dem Gesetz ist es eine der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes, im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Gesamtdarstel-

lung der Struktur und der Entwicklung des Wirtschaftskreislaufs zu geben. Dieser Überblick hat für die Auftraggeber der amtlichen Statistik, vor allem für die Träger der Wirtschafts- und Sozialpolitik ständig wachsende Bedeutung; immer häufiger greifen staatliche, aber auch private Stellen auf die entsprechenden Angaben der amtlichen Statistik zurück. Das Statistische Bundesamt fühlt sich dafür verantwortlich, die Vollständigkeit dieses Gesamtbildes ständig zu überprüfen und zu überlegen, wie erkannte Lücken möglichst mit dem vorhandenen statistischen Ausgangsmaterial, auf alle Fälle aber mit möglichst geringem Aufwand, geschlossen werden können. Es hat sich dabei als sehr zweckmäßig erwiesen, dem Statistischen Beirat unter Darlegung der vorhandenen Möglichkeiten die statistischen Probleme vorzutragen, und hierzu die Ansichten der Beiratsmitglieder zu hören und entsprechende Anregungen für die weitere Arbeit entgegenzunehmen. Nach der Behandlung der Probleme der Einkommenstatistik auf der letzten Beiratstagung soll diesmal die Frage der statistischen Erfassung des "Privaten Verbrauchs" im Mittelpunkt der Erörterungen stehen.

Den einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden zu diesem Thema folgt ein grundlegendes Referat über

Definition, Abgrenzung und Gliederung des Privaten
Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen.

Anschließend werden in Einzelreferaten die

Möglichkeiten und Probleme der Erfassung des Privaten
Verbrauchs durch die vorhandenen Statistiken

dargestellt, und zwar in folgender Aufgliederung:

- a) Befragung der Haushaltungen,
- b) Erfassung bei den Lieferanten,
- c) Berechnung aufgrund der Produktions- und Versorgungsstatistiken,
- d) Statistische Quellen für einzelne Teilgebiete.

(Die genaue Bezeichnung der einzelnen Referate ist aus der Tagesordnung ersichtlich.)

Die einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden über die Bedeutung der Statistik des Privaten Verbrauchs und die einzelnen einführenden Referate sind im Wortlaut im März-Heft (Nr.3) von "Wirtschaft und Statistik" erschienen. Diese Veröffentlichung ist zur Ergänzung des Protokolls als Sonderdruck beigefügt. Im folgenden soll daher zu diesem Thema nur über die wichtigsten Diskussionsbeiträge zu den einzelnen Referaten berichtet werden.

Von seiten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wird im Anschluß an das Grundsatzreferat die Frage aufgeworfen, ob die Angaben über den "Privaten Verbrauch" in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Wirtschaft, insbesondere für die einzelnen Unternehmen, brauchbare Anhaltspunkte für ihre eigenen Zwecke, z.B. für ihre Absatzpolitik, bieten könnten. Die Erkenntnisse seien begrenzt, da es sich um globale Größen und nur um die Käufe einer Abnehmergruppe, nämlich der privaten Haushalte, handle. Vom Statistischen Bundesamt wurde darauf hingewiesen, daß für die Unternehmen doch wohl auch die Kenntnis der Grundzüge und der allgemeinen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie in den Größenordnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Ausdruck kommen, von Bedeutung sind und daß die privaten Haushalte immerhin eine sehr wichtige Abnehmergruppe darstellen. Selbstverständlich können die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen detaillierte Marktuntersuchungen für spezielle Produkte nicht ersetzen. Außerdem ist auch das Statistische Bundesamt der Meinung, daß neben die Darstellung des Absatzes an letzte private Verbraucher die Darstellung des Absatzes an die übrigen Abnehmergruppen treten muß. Aus diesem Grunde wird angestrebt, das Bild des Einkommenskreislaufs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch ein Bild des Güterkreislaufs (marktwirtschaftliche Verflechtungen) zu ergänzen.

Die Frage eines Vertreters der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, ob an eine Erweiterung der durch die Wirtschaftsrechnungen zu erfassenden Haushaltstypen gedacht ist, soll im Augenblick zurückgestellt werden. Sollten die Wirtschaftsrechnungen zur hauptsächlichen Erhebungsform für die Erfassung des Privaten Verbrauchs werden, wären Überle-

gungen in dieser Richtung anzustellen, da die zur Zeit befragten Haushaltsgruppen keine Vorstellungen über durchschnittliche Verbrauchsverhältnisse vermitteln und offen lassen, ob damit auch nur die vorherrschenden Verbrauchsgewohnheiten und ihre Entwicklung dargestellt werden.

Der Vertreter der Bank deutscher Länder hält eine Aufgliederung der bisher in einer Position zusammengefaßten Verkehrsausgaben für wünschenswert. Es sei nicht ausreichend, in dieser Position beispielsweise den Einzelfahrschein im Stadtverkehr und die Anschaffungskosten eines Kraftfahrzeuges einschließlich der Ausgaben für dessen Instandhaltung zusammenzufassen. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, daß das Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC bereits eine Aufgliederung dieses Ausgabepostens in Fahrzeugkäufe, Fahrzeugunkosten und sonstige Verkehrsleistungen vorsieht.

Desgleichen wird von dem Vertreter der Bank deutscher Länder das Interesse an einer besseren Erfassung der privaten Ersparnisse hervorgehoben. Bei der zur Zeit üblichen Methodik, diese Verwendungsart der privaten Einkommen als Rest auf dem Einkommenskonto der privaten Haushalte zu berechnen, würden die wirtschaftspolitisch sehr interessanten Spargewohnheiten nicht in Erscheinung treten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die recht guten Ergebnisse der entsprechenden Erhebungen in den angelsächsischen Ländern. Hierzu stellt das Statistische Bundesamt fest, daß die Wirtschaftsrechnungen einen Nachweis über die Verwendung der Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben der Haushaltungen gestatten; es ist jedoch fraglich, ob die Zahl der in den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushaltungen nicht zu klein ist, um zuverlässige Erkenntnisse über Spargewohnheiten der Bevölkerung insgesamt zu ermöglichen. Im übrigen begrüßt es diese Anregung, da es selbst an einem genaueren Überblick über die privaten Ersparnisse und die Art ihrer Anlage interessiert ist.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß grundsätzlich die Wahl zwischen einer Befragung einer geringeren Zahl von Haushaltungen nach möglichst vielen Ausgabeposten und - beispielsweise beim Mikrozensus - einer Befragung von vielen Haushaltungen nach einer begrenzten Zahl von Ausgabe-

posten besteht. Im derzeitigen Rahmen der Wirtschaftsrechnungen wird man zwar kaum zu einem hochrechenbaren Ergebnis kommen, doch lassen sich daraus wertvolle Erkenntnisse für den Privaten Verbrauch und seine Veränderungen gewinnen. Im übrigen spielt dabei auch die methodisch entscheidende Frage eine Rolle, ob man mittels einmaliger Feststellungen die Verbrauchsausgaben für eine verflossene Zeitspanne ausreichend genau ermitteln oder ob man dies nur mittels laufender Aufzeichnungen, wenn auch gegenüber jetzt in vereinfachter Art tun kann.

Die Diskussion der Referate über die Erfassung des Privaten Verbrauchs bei den Lieferanten bestätigt die Ansicht des Statistischen Bundesamtes, daß hierfür in der Bundesrepublik verhältnismäßig gute Statistiken vorhanden sind. Da in einigen Wirtschaftsbereichen, z.B. im Handwerk und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, die Unterlagen allgemein und vor allem im Hinblick auf eine Aufgliederung nach Abnehmergruppen noch unzureichend sind, wird allerdings ein schrittweiser Ausbau erforderlich sein. Von dem Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks wird hierzu bemerkt, daß die in einigen norddeutschen Ländern bereits mit gutem Erfolg durchgeführte Handwerksberichterstattung wohl bald auch auf den süddeutschen Raum ausgedehnt werden kann. Der Vorsitzende stellt fest, daß es auch im Falle von Schwierigkeiten bei der Ausdehnung der Handwerksberichterstattung auf Süddeutschland immer noch Möglichkeiten gibt, den für den Privaten Verbrauch wichtigen Handwerksumsatz zu erfassen, und zwar entweder in der beim Einzelhandel verwendeten Form der Postkartenstatistik oder auf dem Wege einer Sonderaufbereitung der Umsatzsteuerstatistik. Hinsichtlich der Erfassung der Gaststättenumsätze berichtet der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, daß die Vorbereitungen für die Durchführung der Statistik des Umsatzes in diesem Bereich demnächst abgeschlossen werden. Die Diskussion über die Erfassung des Privaten Verbrauchs bei den Lieferanten ergibt, daß eine Kombination verschiedener Erhebungen vorzuziehen ist, weil eine einzige Statistik nicht alle Angaben liefern kann, die für eine Erfassung des Privaten Verbrauchs und seine Aufgliederung nach den verschiedenen erwähnten Gesichtspunkten erforderlich sind.

Nach Ansicht des Vertreters der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bedeutet die seit dem letzten Kriege im Einzelhandel erfolgte Rückbildung von Spezialunternehmen zu Unternehmen mit gemischtem Sortiment eine besondere Schwierigkeit für die Gruppierung des Privaten Verbrauchs. Als Mangel der Arbeitsstättenzählung wird der mehrjährige Abstand der Erhebungen genannt und die Schwierigkeit, die strukturellen Veränderungen in der Zwischenzeit anderweitig vollständig zu erfassen.

Zur Eignung der Umsatzsteuerstatistik für die Erfassung des Privaten Verbrauchs weist der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft auf den Nachteil hin, daß ihre Ergebnisse sehr spät vorliegen. Der Vorsitzende stellt hierzu fest, daß einer Statistik, bei der aus technischen Gründen ein längerer Zeitraum zwischen der Erhebung und dem Vorliegen von Ergebnissen in Kauf genommen werden muß, trotzdem eine große Bedeutung zukommt, da die in der Zwischenzeit aufgrund anderer Statistiken vorgenommenen Berechnungen mit Hilfe ihrer Ergebnisse später kontrolliert und ggf. verbessert werden können.

Bei der Diskussion über die Eignung der Produktions- und Versorgungsstatistiken wird erkenntlich, daß hier gegenüber den bisher behandelten Bereichen erheblich größere Ungenauigkeiten auftreten. So ergibt sich beispielsweise auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistik das Problem der mangelnden Übereinstimmung zwischen der Erzeugung für die menschliche Ernährung überhaupt und dem Privaten Verbrauch. Immerhin lassen sich aus den Ergebnissen dieser Statistiken gewisse Erkenntnisse über die langfristige Entwicklung des Privaten Verbrauchs gewinnen, wenn es auch vielfach nicht möglich ist, absolute Gesamtzahlen zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurde auch das Ausmaß des Direktabsatzes der Landwirtschaft an private Haushalte erörtert.

Der Vorsitzende faßt abschließend das Ergebnis der Erörterungen über das Thema des ersten Sitzungstages zusammen und stellt dabei fest, daß es sehr wohl möglich ist, mit Hilfe der bereits vorhandenen Statistiken und eines nicht zu hohen Aufwandes für deren Ausbau und Weiterentwicklung zufriedenstellende statistische Ergebnisse über den Privaten Verbrauch zu gewinnen. Es muß allerdings davor gewarnt werden, von einer statistischen Darstellung des Privaten Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mehr zu verlangen, als Angaben über makro-ökonomische Zusammenhänge leisten können.

2. Sitzungstag (3. März 1956)

Das Programm des zweiten Sitzungstages galt der Diskussion des den Beiratsmitgliedern vor der Tagung zugegangenen Berichts über

Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1955
und über in Vorbereitung befindliche statistische Vorhaben.

Der Vorsitzende schlägt vor, der Übung der letzten Tagung entsprechend, auf eine mündliche Wiedergabe des Berichts zu verzichten und die Diskussion im wesentlichen auf die aus der Tagesordnung ersichtlichen Punkte zu beschränken. Der Beirat stimmt dieser Auffassung zu.

Um den Zusammenhang zwischen dem Protokoll und dem übersandten Bericht zu erhalten, sind bei der Wiedergabe der einzelnen Diskussionsbeiträge die Seitenzahlen des Berichts eingefügt.

A. Allgemeiner Teil

=====

1. Fragen zur rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik

(Seiten 10 - 14 des Berichts und Anhang)

Nach einem kurzen Überblick über die im Bericht behandelten Probleme der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik werden die Mitglieder des Beirats um Äußerungen zu der Frage gebeten, ob in jedem Falle auch für freiwillige Befragungen Rechtsgrundlagen im Sinne des § 6 StatGes vorhanden sein müssen, oder ob auf dem Wege der Auslegung dieser Bestimmung die seit langem in besonderen Fällen für dringlich empfundene Voraussetzung für die Durchführung von freiwilligen Befragungen ohne Rechtsgrundlage geschaffen werden kann. In allen Diskussionsbeiträgen wird übereinstimmend erklärt, daß die für die schnelle Befriedigung von Informationsbedürfnissen der Auftraggeber so wichtigen freiwilligen Befragungen nicht durch "Gesetzes-Perfektionismus" erschwert werden sollten. Zur weiteren Begründung dieser Forderung weist der Vorsitzende auf den Widerspruch hin, der darin liegen würde, daß dem Statistischen Bundesamt die kleinste, wenn auch noch so dringliche Befragung, ohne Rechtsgrundlage schon als eine ungesetzliche Ausweitung der Statistik angerechnet werden kann, während pri-

vate Institute freiwillige Befragungen nach Belieben durchführen können. Im übrigen sind auch die Statistischen Landesämter im Bereich der Landesstatistik bei freiwilligen Befragungen nicht auf Rechtsgrundlagen angewiesen.

Von den beiden grundsätzlichen Möglichkeiten, auch bei Bundesstatistiken freiwillige Befragungen ohne Einschaltung der gesetzgebenden Körperschaften durchzuführen, wird überwiegend einer weniger strengen Auslegung des § 6 StatGes gegenüber der Auflockerung dieses Paragraphen durch eine entsprechende gesetzliche Ergänzungsbestimmung der Vorzug gegeben.

In einer abschließenden Stellungnahme zu diesem Problem weist der Vorsitzende darauf hin, daß in einer Ermächtigung des Statistischen Bundesamtes, freiwillige Befragungen unter Vermeidung des durch § 6 StatGes vorgeschriebenen Weges durchzuführen, schon deshalb keine Gefahr liegen könnte, weil es sich hierbei immer nur um Erhebungen sehr kleinen Umfangs bzw. oft nur um Ergänzungsfragen bei der Erhebung laufender Statistiken handelt; bei größeren Vorhaben erfordert die Notwendigkeit der Mittelbewilligung ohnedies das Vorhandensein einer Rechtsgrundlage.

Außerhalb der vorgesehenen Tagesordnung gibt der Vorsitzende einige Erläuterungen zu Punkt A II des Berichts:

Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Bewältigung
der sich im Jahre 1956 kumulierenden einmaligen Zählungen
(zu Seite 14 des Berichts)

Wenn bei diesen Vorschlägen Rationalisierungsbestrebungen auf dem Gebiet der Erfassung der Geschädigtengruppen im Vordergrund stehen, so wird damit von seiten der Statistischen Landesämter die Notwendigkeit der Befriedigung des Informationsbedürfnisses des zuständigen Bundesressorts keineswegs bestritten. Es wird vor allem die methodische Frage überlegt, wie die Vertriebenen und Flüchtlinge in Zukunft besser als bisher erfaßt werden können, wobei daran gedacht ist, anstelle des bisherigen Wohnsitzmerkmals die Frage nach dem Vertriebenenausweis in die Erhebungsbogen aufzunehmen. In diesen Falle - wie auch bei den übrigen Einschränkungsvorschlägen - werden selbstverständlich keine Entscheidungen ohne die Einschaltung der zuständigen Bundesministerien getroffen.

2. Allgemeine Fragen des internationalen Erfahrungsaustausches
(Seiten 18 ff. des Berichts)

3. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der Konferenz
Europäischer Statistiker in Genf
(Seiten 20 bis 22 des Berichts)

Bei der Behandlung des Problemkreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute besonders an der Frage der vierteljährlichen Volkseinkommensberechnungen interessiert; und zwar einerseits wegen der eigenen Arbeiten auf diesem Gebiet, zum anderen wegen der Veröffentlichung amtlicher Ergebnisse. Zur Frage der Veröffentlichung wird vom Statistischen Bundesamt mitgeteilt, daß sich die Konferenz Europäischer Statistiker in Genf zwar zugunsten kurzfristiger Berechnungen ausgesprochen hat, daß sich aber wegen der zur Zeit noch vorhandenen Fehlerquellen eine amtliche Veröffentlichung der Ergebnisse kaum empfiehlt. In Deutschland ist das Material an Ausgangsstatistiken noch zu spärlich, um stichhaltige Berechnungen für einen so kurzen Zeitraum zu ermöglichen, die eine Veröffentlichung rechtfertigen würden. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem bei kurzfristigen Berechnungen für die Landwirtschaft und bei vierteljährlichen Angaben über Vorratsveränderungen und Unternehmergewinne, ferner - hinsichtlich der richtigen zeitlichen Abgrenzung - bei den Finanz- und Außenhandelsstatistiken. Bei der Benutzung vierteljährlicher Sozialproduktszahlen müssen saisonale Einflüsse im Wirtschaftsablauf berücksichtigt werden, über die bisher für die Bundesrepublik noch keine vernünftigen Aussagen gemacht werden können. In anderen Ländern, z.B. in den Vereinigten Staaten, sind z.T. durch das Vorhandensein bestimmter bei uns noch fehlender Statistiken günstigere Voraussetzungen für eine kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung gegeben. Das Statistische Bundesamt wird sich aber bemühen, die kurzfristigen Volkseinkommensberechnungen fortzuführen und die Berechnungsgrundlagen zu verbessern. Zur Beteiligung der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute an den internationalen Arbeiten weist der Vorsitzende darauf hin, daß in diesen Gremien nur Regierungsstellen, in unserem Falle das Statistische Bundesamt, vertreten sind. Jedoch beabsichtigt das

Statistische Bundesamt, die nationalen Probleme eingehend mit den Instituten durchzusprechen und dabei die Erfahrungen auszutauschen.

Zu den laufenden sonstigen Aufgaben und zu dem künftigen Arbeitsprogramm der Europäischen Statistikerkonferenz berichtet der Vorsitzende, daß sich eine kleine Gruppe in Genf gegenwärtig mit der Frage befaßt, welche Statistiken in den einzelnen Ländern ausgebaut werden sollen, um für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung geeignete Indikatoren zu gewinnen. Diese Überlegungen stehen in engem Zusammenhang mit den vierteljährlichen Sozialproduktsberechnungen. Ferner befaßt sich die Gruppe mit Statistiken, die einen Anhaltspunkt für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu geben vermögen. Besonders geeignete Merkmale für die Vorausschätzung des Wirtschaftsablaufs werden durch die verschiedenen Formen der Auftragsstatistik und durch die Befragungen nach den durchgeführten und geplanten Investitionen geboten. Es ist dabei besonders wichtig für den Erfolg der internationalen Diskussion, daß zuvor auf nationaler Ebene völlige Klarheit über die von den ECE-Mitgliedern vorzuschlagenden Arbeiten geschaffen wird. Das Statistische Bundesamt wird daher in der nächsten Zeit den Arbeitskreis "Statistisches Instrumentarium für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung" der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zu einer Beratung einberufen.

Für das Verfahren der internationalen Beratungen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, vor den eigentlichen Besprechungen in Genf eine Verständigung mit den anderen in der Montan-Union zusammengeschlossenen Staaten über das in Genf vorzuschlagende Arbeitsprogramm herbeizuführen. Auch mit anderen Ländern wird ein solcher Gedankenaustausch geführt.

Auf die Frage des Vertreters des Bundeswirtschaftsministeriums, ob bei den internationalen Diskussionen auch Überlegungen über eine Vereinheitlichung der internationalen Klassifikationen angestellt werden, erwidert der Vorsitzende, daß die ECE als regionale Organisation der UN nicht eigenmächtig von der weltweiten Konzeption abweichen kann. Das Statistische Büro der UN selbst behandelt alle Änderungsvorschläge, die sich auf internationale Systematiken beziehen, mit größter Vorsicht,

da durch häufige Änderungen die oft mühsam erreichte annähernde internationale Vergleichbarkeit statistischer Ergebnisse gefährdet wird. Bei allen internationalen Diskussionen über Klassifikationen hat das Statistische Bundesamt immer wieder größten Wert darauf gelegt, daß zunächst in Bezug auf die Erhebungseinheit völlige Klarheit geschaffen wird. Dieser Hinweis hat sich bei den Untersuchungen über die anzuwendenden Klassifikationen stets als sehr fruchtbar erwiesen.

B. Berichte der Abteilungen über einzelne Probleme ihres Arbeitsgebietes

1. Allgemeine Organisation der Statistik

(Seiten 48 - 54 des Berichts)

Bei diesem Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Behandlung von Berlin (West) in der Bundesstatistik (Seiten 48/49) diskutiert. Vom Statistischen Landesamt Berlin wird hierzu betont, daß dem im Bericht geäußerten Problem volles Verständnis entgegengebracht wird. Die Berliner Wirtschaft würde es jedoch sehr begrüßen, wenn wegen der engen Beziehungen zur Bundesrepublik die Lösung darin bestehen könnte, daß die statistischen Ergebnisse für Berlin (West) in die Bundesstatistik einbezogen werden. Nach Ansicht des Berliner Amtes sollte aber zumindest erreicht werden, in allen Tabellen mit regionaler Gliederung das Berlin-Ergebnis in geeigneter Form auszuweisen. Die hierfür notwendige methodische und terminmäßige Angleichung der in Berlin (West) geführten Statistiken an die des Bundesgebietes, die auch zum Teil für die Beteiligung des Berliner Amtes an dem von den Statistischen Landesämtern ab Januar 1956 vereinbarten einheitlichen Veröffentlichungsprogramm bestimmend war, ist weitgehend abgeschlossen.

Das Statistische Bundesamt erklärt hierzu, daß es grundsätzlich auch die Auffassung vertritt, Zahlen für Berlin (West) in seinen Veröffentlichungen auszuweisen. Aufgrund gewisser Überlegungen, die sich z.B. auf den Staatsaufbau der Bundesrepublik beziehen, ist es allerdings erforderlich, auch Zahlen für die Bundesrepublik allein zu brin-

gen. Es wird deshalb vom Statistischen Bundesamt der Grundsatz verfolgt, seine Veröffentlichungen sowohl auf die Bundesrepublik wie auch auf Berlin (West) abzustellen. Aus bestimmten - bereits im Bericht dargelegten - Gründen läßt es sich allerdings nicht vermeiden, daß in Einzelfällen von diesem Grundsatz abgewichen werden muß.

Die Probleme und die Möglichkeiten ihrer Lösung werden in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen erörtert. Dabei kommt u.a. zum Ausdruck, daß nicht nur technische, methodische, politische und ähnliche Fragen zu berücksichtigen sind, sondern auch den recht unterschiedlichen Wünschen der jeweiligen Benutzer der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Rechnung zu tragen ist.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, daß die Diskussion gezeigt hat, wie außerordentlich schwierig eine generelle Lösung für den gesamten Bereich der Bundesstatistik ist. Die sehr unterschiedliche Beurteilung der Veröffentlichungsfrage bei jeder einzelnen Statistik läßt es zweckmäßig erscheinen, die zuständigen Fachausschüsse mit der Prüfung, ob getrennte Nachweisungen erstellt werden können, zu befassen. Es wird sich dabei ergeben, wie weit eine einheitliche Lösung des Problems durchführbar ist, die möglichst den Wünschen aller Beteiligten und Interessenten gerecht wird.

2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik

(Seiten 54 bis 61 des Berichts)

In Anlehnung an die Ausführungen des Berichts über die Kostenstrukturserhebung 1950 (Seiten 58/59) wird vom Bundesverband der Deutschen Industrie eine baldige Wiederholung dieser Erhebung für eine Anzahl von Industriezweigen angeregt, weil die Fortschreibung der vorliegenden Ergebnisse auf die Dauer unzulänglich ist und die Industrie überdies ein wachsendes Interesse an den Kostenstrukturuntersuchungen hat.

Dieser Anregung schließen sich der Vertreter des Handwerks und - in anderem Zusammenhang - auch die Vertreter des Einzelhandels und des Großhandels für ihre Bereiche an. Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr begrüßt eine

Wiederholung der Kostenstrukturerhebung im Verkehrsgewerbe. Vom Bundeswirtschaftsministerium wird ebenfalls das Interesse an neuen Kostenstrukturdaten, besonders für die Bereiche des Handwerks und der Industrie, betont. Die Frage, ob die Erhebung einen Sinn hat, wenn nicht alle Industriezweige erfaßt werden, wurde vom Statistischen Bundesamt bejaht, da auch schon dadurch Entwicklungstendenzen sichtbar werden können, für die bisher keine Anhaltspunkte vorliegen.

Der Vorsitzende begrüßt die Vorschläge zur Wiederholung der Kostenstrukturerhebung und weist auf den erfreulichen Widerhall hin, den der erste Versuch einer amtlichen Kostenstrukturerhebung in weiten Kreisen der Wirtschaft gefunden hat. Die juristisch zweckmäßige Form für die Durchführung weiterer Kostenstrukturerhebungen muß noch überlegt werden.

3. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

(Seiten 61 bis 64 des Berichts)

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt, da die Ausführungen des schriftlich vorliegenden Berichts von den Beiratsmitgliedern als ausreichende Information angesehen werden.

4. Industrie- und Handwerksstatistik

(Seiten 65 - 70 des Berichts)

Der Vertreter der Bank deutscher Länder betont sein Interesse an dem weiteren Ausbau der Auftragseingangsstatistik, bei der auch Angaben über Stornierungen und Auftragsfristen berücksichtigt werden sollten. Der Vorsitzende schlägt die Prüfung dieser Frage durch den Fachausschuß vor; ggf. könnte sie auch im Zusammenhang mit dem Problem der "short term economic indicators" mit den Instituten besprochen werden. Dem Wunsch einiger Beiratsmitglieder, die Ergebnisse der Auftragseingangsstatistik zu früheren Terminen zu bekommen, soll ebenfalls noch nachgegangen werden; beim Produktionsindex liegen im Vergleich zu anderen Ländern die deutschen Ergebnisse bereits sehr zeitig vor. In der Diskussion zeichnet sich das für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung wichtige Problem ab, daß eine Wahl zwischen einer Erweite-

rung der Statistik und der Verkürzung des Zeitabstandes zwischen Erhebung und Veröffentlichung getroffen werden muß.

Vom Vertreter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird angeregt, bei der Textilfachstatistik nach Übernahme in den amtlichen Bereich, eine fühlbare Vereinfachung anzustreben. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu erklärt, daß zunächst die Übernahme reibungslos durchgeführt werden sollte. Im übrigen wird als Alternativlösung vorgeschlagen, entweder das Frageprogramm einzuschränken oder unter Beibehaltung des jetzigen Frageprogramms auf eine vierteljährliche Erhebung überzugehen. Der Gedanke einer Vereinfachung findet allgemeine Unterstützung. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums führt hierzu aus, daß eine Änderung der Periodizität bzw. eine Einschränkung bei der Erhebung und Aufbereitung der Textilfachstatistik zweckmäßig bis zur Vorbereitung der neuen Rechtsgrundlage zurückgestellt werden sollte. Der Fachausschuß hat dann die Möglichkeit, das Programm zu diskutieren.

Zu der im Bericht mitgeteilten Absicht, die Publikation des Produktionsindex (Seite 69) sowohl auf Originalbasis 1950 als auch umbasiert auf 1936 laufend bekanntzugeben, wird von seiten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie eingewendet, daß die Wahl des Basisjahres 1936 gegenüber dem bei anderen Indices üblichen Jahr 1938 die Vergleichsmöglichkeiten beeinträchtigt. Hierzu wird vom Statistischen Bundesamt erklärt, daß eine Umrechnung zu erheblichen Zeitverlusten für die Veröffentlichung des Index führen würde und, da vom Bundesministerium für Wirtschaft das Jahr 1936 als Basis ausdrücklich gefordert wurde, dann drei verschiedene Basisjahre Verwendung fänden. Es wird jedoch möglich sein, für einige wichtige Daten eine Umbasierung auch auf das Jahr 1938 durchzuführen. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Jahresherhebung über die Nettoleistung in der Industrie soll die Frage der Verwendung besser geeigneter Grundlagen für die Indexberechnungen erneut geprüft werden. Hierbei wird allerdings auch auf die internationale Vergleichbarkeit Rücksicht zu nehmen sein.

5. Handels- und Verkehrsstatistik

(Seiten 70 - 74 des Berichts)

Der Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bringt das bereits auf der vorigen Beiratstagung ange-

schnittene Problem eines Handelszensus zur Sprache. Er weist darauf hin, daß sich in diesem Wirtschaftsbereich in den letzten Jahren wesentliche Strukturveränderungen vollzogen haben, die in den vorhandenen Statistiken nicht zum Ausdruck kommen. Gerade im Hinblick auf die zur Zeit viel diskutierte Frage des Mittelstandes wären solche Ergebnisse höchst aktuell. Aus diesen Gründen sollte eine Durchführung der Zählung möglichst im Jahre 1958 erfolgen. Mit dem Zensus sollte gleichzeitig die bereits im Laufe der Tagung befürwortete Kostenstrukturerhebung im Handel verbunden werden. In Anlehnung an den Erhebungsplan der Handwerkszählung wird empfohlen, neben den Strukturmerkmalen auch nach den Bruttospalten sowie nach den Kapital- und Kreditverhältnissen zu fragen. Für die Betriebsauswahl könnte das Adressenmaterial aus der Umsatzsteuerstatistik verwendet werden. Unter dem Hinweis auf die im Großhandel wachsende Bereitwilligkeit, statistische Angaben für die amtliche Statistik zu liefern, wird die Forderung des Einzelhandels nach einem Handelszensus von dem Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels nachdrücklich unterstützt. Da für die Durchführung eines Handelszensus in den maßgeblichen Verbänden und Kreisen schon bestimmte Vorstellungen und Pläne vorhanden sind, sollte mit den Vorbereitungen der Zählung schon in der nächsten Sitzung des Fachausschusses begonnen werden. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums greift den Vorschlag auf und sagt eine baldige Erörterung des Plans auch in seinem Hause zu. Auch er hält es für vorteilhafter, den Handelszensus vor den großen Zählungen gesondert durchzuführen. Aufgrund der Anregungen der Beiratsmitglieder betont der Vorsitzende nach Abschluß der Diskussion zu diesem Punkt die Bereitwilligkeit des Statistischen Bundesamtes, an den Vorbereitungen des Handelszensus mit Nachdruck mitzuwirken, da er der Ansicht sei, daß der Bedarf an Kenntnissen über die derzeitigen Strukturverhältnisse im Handel besonders groß ist und daher eine besondere Erhebung unter Einfügung in den Gesamtrahmen der Bundesstatistik rechtfertigt. Sodann wird vom Vertreter des Einzelhandels auf die Notwendigkeit der Aufbereitung der Einzelhandelsumsatzstatistik nach Umsatzgrößenklassen hingewiesen, die für eine Beurteilung der

Beteiligung einzelner Unternehmensgruppen an der allgemeinen Konjunkturentwicklung benötigt werden. Es wird vereinbart, diese Frage mit den Statistischen Landesämtern zu besprechen. Ggf. sollte die gewünschte Aufgliederung auf einige Umsatzgrößenklassen beschränkt werden, weil es im wesentlichen nur darauf ankommt, Indikatoren zu erhalten.

Der Vertreter der Bank deutscher Länder regt eine weitere Aufteilung des Teils 1 der Veröffentlichung "Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland" an. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu auf die erhebliche Mehrarbeit bei der großen Zahl der Positionen hingewiesen. Um die Frage aber eingehend prüfen zu können, wird die Bank deutscher Länder gebeten, hierzu ihre konkreten Wünsche schriftlich zu formulieren. Dabei wird es sich zeigen, ob die gewünschten Mehrarbeiten mit der Belastung der maschinellen Einrichtungen vereinbar sind und ob auf diese Weise einer größeren Zahl von Konsumenten zusätzliche Aufbereitungen erspart werden können. Der Vorsitzende teilt in diesem Zusammenhang mit, daß im Statistischen Bundesamt bereits Überlegungen über eine Verbesserung der Warensystematik stattgefunden haben. Der Übergang zu neuen Gliederungen kann aber erst dann erfolgen, wenn völlige Klarheit vorhanden ist, daß dadurch wirklich ein höherer Erkenntniswert erreicht wird.

6. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

(Seiten 74 bis 82 des Berichts)

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau betont die Dringlichkeit der vom Statistischen Bundesamt vorgesehenen Neuberechnung der Baupreisindexziffer (Seiten 76/77). Der nach der bisherigen Methode errechnete Index erweist sich als immer weniger geeignet für die Ermittlung des realen Bauvolumens und für die Beurteilung der Stabilität des Geldwertes. Die Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zeigt eine vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung der Qualität dieser Indexziffer. Infolge der Überlastung der zuständigen Abteilung mit anderen wichtigen Arbeiten hat sich die Vorbereitung der Neuberechnung jedoch verzögert. Immerhin liegen die Ergebnisse umfangreicher Untersu-

chungen vor, welche die Entschlußfassung beschleunigen werden. Die Neuberechnung zielt darauf ab, die Preise für Bauleistungen nicht mehr beim Abnehmer, sondern beim Erzeuger, d.h. der Betriebe der Bauwirtschaft, zu erfassen. Auch sollen nicht mehr die Baupreise fertiger Gebäude, sondern - entsprechend dem Charakter des Index als Erzeugerpreisindex - die Preise für die einzelnen Arten von Bauleistungen ermittelt werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Neuberechnung des Baupreisindex bei Erlaß des Preisstatistischen Gesetzes eingeführt werden kann.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau berichtet ergänzend zu den Darlegungen in der versandten Besprechungsunterlage, daß der Gesetzentwurf für die Wohnungstatistik (Seiten 79 - 81) inzwischen dem Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet worden ist. In eingehender Diskussion werden die Schwierigkeiten für die Einhaltung des Erhebungsstichtages erörtert. Eine endgültige Festlegung des Termins wird von dem Zeitpunkt der Verkündung des Gesetzes abhängig zu machen sein.

7. Finanz- und Steuerstatistik (Seiten 82 - 86 des Berichts)

8. Bevölkerungs- und Kulturstatistik (Seiten 86 - 93 des Berichts)

Der Vorsitzende stellt fest, daß Wortmeldungen zu diesen Punkten nicht vorliegen. Es darf daher vorausgesetzt werden, daß die im Bericht gegebenen Darstellungen zur Information der Beiratsmitglieder ausreichen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit bestätigt diese Auffassung, indem er - unter allgemeiner Zustimmung der Beiratsmitglieder - zum Ausdruck bringt, daß der Bericht wegen seines umfassenden Inhalts und seiner klaren Form zu begrüßen ist. Auch für die nächste Tagung des Statistischen Beirats sollte die vorherige Unterrichtung der Beiratsmitglieder über die Arbeit des Statistischen Bundesamtes in gleicher Form erfolgen.

Am Schluß der Tagung dankt der Präsident den Beiratsmitgliedern für ihre rege Teilnahme an der Diskussion und für das starke Interesse an dem methodischen Thema des ersten Sitzungstages. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung und ihre Ergebnisse dazu beitragen mögen, die Arbeit der amtlichen Statistik auch in der Zukunft fruchtbar und erfolgreich zu gestalten.